



*Sejm Niemy. Między mitem a reformą państwa*, red. Michał Zwierzykowski, Wydawnictwo Sejmowe, Warszawa 2019, ss. 408, ISBN 978-83-7666-585-6.

Der Stumme Reichstag (*Sejm Niemy*) von 1717 hat in gewisser Weise einen paradoxen Platz in der polnischen Historiographie. Auf der einen Seite wurde er stets als eines der Schlüsselereignisse in der polnischen Geschichte Polens des 18. Jahrhundert verstanden und dargestellt: den meisten Historikern galt er als der Ausgangspunkt für den unaufhaltsamen Machtverlust Polens und damit für den Weg zu den Teilungen, manchen zugleich als der Anfang des langen, freilich vergeblichen Ringens um eine Erneuerung der Rzeczpospolita durch Reformen. Auf der anderen Seite aber hat er in der Forschung vergleichsweise wenig, in den letzten Jahrzehnten fast gar keine Beachtung gefunden; so wie die „Sachsenzeit“ (d.h. die Regierungszeit der beiden Könige August II. und August III. aus dem Haus Wettin) insgesamt, gehörte auch der Sejm von 1717 lange Zeit eher zu den „ungeliebten“ Themen. Um so mehr muss man begrüßen, dass der 200. Jahrestag Anlass gegeben hat, das Ereignis auf einer großen Fachtagung neu zu bewerten und deren Ergebnisse jetzt zu veröffentlichen.

Das angesprochene Paradoxon legt es nahe, bei der Lektüre des Bandes mit dessen letztem Beitrag zu beginnen. Darin geht Grzegorz Glabisz der Frage nach, wie sich das Bild des Stummen Reichstags in der Geschichtsschreibung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts entwickelt hat (S. 341–464). Hier wird deutlich, wie stark sich die jeweiligen Verfasser von Epochen- oder Gesamtdarstellungen der polnischen Geschichte bei ihrer Deutung des Ereignisses von 1717 von ihrer allgemeinen Interpretation der „großen Fragen“ des 18. Jahrhunderts haben leiten lassen – ihrem grundsätzlichen Urteil über die Herrschaft August den Starken und ihrer Einschätzung der Rolle Russlands im Konflikt „zwischen sächsischem Absolutismus und goldener Freiheit“. Am nachhaltigsten hat sich hier offenbar die Deutung durch Władysław Konopczyński durchgesetzt: Sein grundsätzlich negative Einschätzung der wettinischen Politik und die daraus abgeleitete Interpretation der politischen Dilemmata der Rzeczpospolita in der Situation von 1717 scheinen das Bild des Stummen Reichstags als *lieu de mémoire* selbst dann noch stark geprägt zu haben, als es auch bereits deutlich differenziertere Interpretationen durch andere Autoren, zum Beispiel Józef Andrzej Gierowski oder Jacek Staszewski, gab. Jedenfalls stellt sich dieser Eindruck ein, wenn man die von Glabisz behandelten Synthesedarstellungen im Blick hat. Unter den außerhalb Polens erschienen Synthesen berücksichtigt er allerdings nur Norman Davies' Klassiker *God's Playground* aus dem Jahr 1981<sup>1</sup>; neuere Publikationen wie etwa Robert I. Frosts Geschichte der Nordischen Kriege<sup>2</sup> oder der die Frühe Neuzeit behandelnde Band II des

<sup>1</sup> Norman DAVIES, *God's Playground: A history of Poland*, vol. 1–2, Oxford 1981.

<sup>2</sup> Robert I. FROST, *The Northern Wars: War, State and Society in Northeastern Europe, 1558–1721*, Harlow 2000.

Handbuchs *Polen in der europäischen Geschichte*<sup>3</sup> zeichnen ein durchaus anderes, vielleicht differenzierteres Bild.

Dennoch warten bis heute viele Fragen auf genauere Klärung, wozu der vorliegende Band einen wichtigen, sehr beträchtlichen Beitrag liefert. Das gilt zunächst für die politik- und verfassungsgeschichtliche Einordnung der Konföderation von Tarnogród und des Stummen Reichstags, zu der Andrzej K. Link-Lenczowski zunächst in einem Überblick über die großen Entwicklungslinien seit Beginn des Nordischen Kriegs in der Perspektive einer politischen „Anatomie der Rzeczpospolita“ reflektiert (S. 13–21). Wie der Verfasser nahelegt, kann man die Vorgeschichte von Konföderation und Reichstag als eine Art politische und moralische Orientierungskrise verstehen, in der ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von reformerischen Veränderungen gewachsen ist und auch Versuche unternommen wurden, ein neues Gleichgewicht zwischen der politischen Kräften herzustellen. Wie diese Krise der Neu- und Umorientierung bis 1717 im Einzelnen verlief, untersuchen mehrere folgende Beiträge in Bezug auf einzelne Akteure und Akteursgruppen beziehungsweise einzelne Regionen – mit vielen neuen Einsichten und aufgrund der Auswertung großer Bestände bisher unbekannter archivalischer Quellen.

So analysiert Mindaugas Šapoka auf der Basis polnischer, litauischer und russischer Archivalien die Rolle des Großfürstentums Litauen und besonders des litauischen Großhetmans Ludwik Pociąg bei der Genese und der Entwicklung der Konföderation von Tarnogród (S. 22–36). Er macht auf die Vorreiterrolle der litauischen Bewegung bei der Formierung der Konföderation in der Krone aufmerksam und rekonstruiert die Gründe für die verschiedenen Wendungen, welche Pociągs Politik gegenüber dem Kaiser August II., dem russischen Bevollmächtigten Dolgorukij und nicht zuletzt der litauischen Szlachta im Verlauf der Krise nehmen sollte. Der Beitrag von Gintautas Slesiorūnas (S. 189–201) diskutiert dieselbe Entwicklung in Litauen unter der Frage nach den Interessen und politischen Visionen der litauischen „Republikaner“, d.h. des in Opposition zu Kazimierz Jan Sapieha sich formierenden politischen Lagers. Dessen politische Agenda bestand darin, die Kompetenzen der Hetmane zu beschneiden, die Gerichte und die Landtage zu stärken, die Rechtsangleichung zwischen Großfürstentum und Krone voranzutreiben, nicht zuletzt den *Komput* (d.h. Stärke der aus dem Budget der Republik zu finanzierenden und durch die Hetmane kommandierten Truppen des stehenden Heeres) im Blick auf die Macht der Hetmane niedrig zu halten. In den Kompromissen von 1716/1717 setzte sich diese Agenda letztlich nicht durch. Die Rolle des Bischofs und Königlichen Sekretärs Antoni Sebastian Dembowski in den Verhandlungen zwischen August II. und den Konföderierten untersucht Adam Perłakowski (S. 69–88), die des Konföderationsmarschalls Stanisław Ledóchowski am Beginn der Verhandlungen mit dem russischen Bevollmächtigten im Jahr 1716 Karol Kościelniak (S. 89–112). Auch hier erlaubt die Erschließung neuer Quellen, das Bild zu differenzieren, d.h. die politischen Handlungsspielräume der Hauptakteure genauer zu rekonstruieren und die Motive für ihre Entscheidungen besser nachzuvollziehen. Einer der zentralen Fragen ist hier natürlich die nach dem tatsächlichen Einfluss

---

<sup>3</sup> *Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch*, Bd. 2, hrsg. v. Hans-Jürgen BÖMELBURG, Stuttgart 2017.

Petersburgs auf den Ausgang des Konflikts: Wenn Zar Peter I. gegenüber den Konföderierten von Anfang an und konsequent den Anspruch erhob, nicht nur als förmlicher Mediator, sondern auch als „Garant“ der Freiheiten der Rzeczpospolita in die Beilegung des Konflikts einbezogen zu werden, so erwies sich die Konföderation doch keineswegs bloß als ein willfähiges Instrument in den Händen der russischen Politik. Der russische Bevollmächtigte Grigorij Dolgorukij verfügte über starke, nicht zuletzt militärische, Druckmittel und er setzte diese auch unnachgiebig ein; „diktieren“ konnte er den Warschauer Frieden und die Agenda des Stummen Reichstags jedoch nicht.

Unter anderem die wichtige Frage nach der Rolle der in russischen Truppen in der Rzeczpospolita behandelt aus militärgeschichtlicher Sicht der Beitrag von Tomasz Ciesielski (S. 37–68). In seiner genauen Analyse der jeweiligen Truppenstärken und Operationen der sächsischen, konföderierten und russischen Verbände sowie der verschiedenen Kampfhandlungen im Zeitraum zwischen Oktober 1715 und dem Stummen Reichstag zeigt der Verfasser, dass die Truppen des Zaren auf dem Gebiet der Rzeczpospolita nur einer unter mehreren, sicher aber nicht der entscheidende militärische Machtfaktor in dem Konflikt waren. Dolgorukij konnte mit dem Einsatz der russischen Truppen drohen beziehungsweise die Frage ihres Abzugs als politisches Druckmittel einsetzen. Indessen gehört die Vorstellung, dass die russische Armee den Konflikt militärisch entschied und der Stumme Reichstag unter unmittelbarer Bedrohung durch russische Bajonette getagt habe, eindeutig in die Sphäre der Legende.

Der Stumme Reichstag als politisches Ereignis: Die Quellenüberlieferung zum Ablauf des Stummen Reichstags ist Gegenstand eines Beitrags von Michał Zwierzykowski (S. 113–136). Er untersucht, welche Fassungen der *Diariusze* der bisherigen Forschung zugrunde lagen, und präsentiert seinerseits drei weitere, von ihm kritisch annotierte Sejm-Berichte – die des königlichen Sekretärs Antoni Dembowski und des litauischen Großkanzlers Karol Radziwiłł sowie einen weiteren anonymen Bericht. Was der Stumme Reichstag für die parlamentarischen Praxis bedeutete, diskutiert der bemerkenswerte Beitrag von Robert Kołodziej (S. 137–176). Es wird deutlich, dass der kürzeste (unter den erfolgreich abgeschlossenen) Reichstag in der Geschichte der Rzeczpospolita eigentlich auch als der längste verstanden werden könnte, da die Verhandlungen über die zur Entscheidung stehenden Fragen über mehr als sechs Monate, seit Juni 1716, geführt wurden und der Stumme Reichstag vom 1. Februar 1717 sozusagen nur den „Schlussakzent“ (S. 155) bildete. So ließe sich der 1716/1717 beschrittene Weg als eine Art alternatives Modell für die Reichstagspraxis einordnen – bei der Kompromissfindung im allgemeinen, aber auch bei konkreten Verfahrensweisen wie z.B. der Arbeit an der Redaktion der Konstitution. „Stumm“, d.h. ohne kontroverse Diskussionen verlief der eintägige Reichstag übrigens auch nicht; im Gegensatz zu manchen anderen Reichstagen gelang es hier aber, gezielte Verzögerungen durch Beschäftigung mit partikularen („privaten“) Forderungen zu unterbinden – kraft der Autorität des Sejm-Marschalls und dem Entscheidungswillen der Mehrheit.

Zu den Entscheidungen des Stummen Reichstags: Wojciech Kriegseisen resümiert die Forschung zur „Dissidenten-Frage“ als Schlüsselproblem der Entscheidungen von 1716/1717 (S. 177–188), wobei dessen eigene Forschungen hier schlicht den aktuellen *state of the art* repräsentieren. Spätestens seit dem Senatsrat des Jahres 1710 stand die Forderung, die Rechte der Dissidenten einzuschränken, auf der politischen

Agenda. In den Verhandlungen von 1716 zwischen den Konföderierten und dem Hof (bei denen die vermuteten oder tatsächlichen russischen Forderungen offenbar eine beträchtliche Rolle spielten) setzten sich letztlich aber, im Warschauer Vertrag von 1716, Kompromissformeln durch, die – vorsichtig gesagt – in sehr verschiedenen Richtungen interpretierbar waren. Ja, der Vertrag beschränkte die Rechte und Ansprüche von Dissidenten auf die Zuweisung von Krongütern sowie bei der Bewerbung um öffentliche Ämter – freilich nur für den Fall, dass es alternativ legitime katholische Gegenbewerber gäbe. Ja, die Durchsetzungschancen der Dissidenten in den Eliten der Rzeczpospolita schwanden in dieser Konstellation de facto beträchtlich. Indessen: Obgleich die unter anderem durch den Wilnaer Bischof Konstany Brzostowski vertretene Interpretation der Beschlüsse von 1716, wonach hier der kategorische Ausschluss von Nicht-Katholiken, Dissidenten, von öffentlichen Ämtern beschlossen worden sei, große politische Resonanz fand, entsprach dies eigentlich keineswegs der 1716/1717 geschaffenen Rechtslage. Am 3. Februar 1717 gab König August II. auch noch eine Erklärung ab, in der er die grundsätzlichen Rechte der Dissidenten auf freie Religionsausübung bestätigte – freilich ohne einen Vorschlag dazu zu machen, wie dieser Grundsatz in die politische Praxis der Rzeczpospolita „übersetzt“ werden könnte. Interessant aber auch die Beobachtung, dass die Bemühungen der besorgten polnisch-litauischen Dissidenten, Unterstützung für ihre Belange von außen zu bekommen, bei Russland zunächst keine Unterstützung fanden. Die Sorge Petersburgs um das Seelenheil der nicht-katholischen Gemeinschaften innerhalb der Rzeczpospolita begann offenbar erst an politischer Dynamik zu gewinnen, seitdem sich die polnisch-litauischen Dissidenten ihrerseits seit dem Sejm von 1718 gezielt darum bemühten, ihren Anspruch auf konfessionelle Gleichberechtigung sozusagen zu internationalisieren (S. 188).

Grundsätzlich wird an dieser Frage – unter anderen – deutlich, wie die konkreten Entscheidungen des Warschauer Vertrags und des Stummen Reichstags einerseits und deren politische Deutungen in der Folge auseinander traten. So ließ sich unter (falscher) Berufung auf 1717 die Legende konstruieren, dass der Stumme Reichstag den kategorischen Ausschluss der Dissidenten von allen Ämtern und Würden in der Rzeczpospolita verfügt habe. Dasselbe gilt für die Legende, wonach kraft des Warschauer Vertrags bzw. des Stummen Reichstags Russland zur Garantiemacht der konfessionellen Freiheiten in der Rzeczpospolita geworden wäre. Hier gibt es interessante Parallelen zu Russlands Politik gegenüber dem Osmanischen Reich: Nach dem russisch-osmanischen Krieg von 1768 bis 1774 sicherte sich Russland im Frieden von Küçük Kaynarca unter anderem eine Art Patronatsrecht des künftigen russischen Gesandten für eine einzelne, im Istanbuler Stadtteil Galata neu zu errichtende orthodoxe Kirche<sup>4</sup>; später aber wurde daraus der Anspruch Russlands, Garantiemacht für die Rechte der Christen im Osmanischen Reich zu sein und kraft dessen zu deren Schutz intervenieren zu dürfen.

Die mit dem Stummen Reichstag angestrebte Reform der Landtage (*sejmiki*) untersucht der zweite Beitrag von Michał Zwierzykowski in diesem Band (S. 241–265).

---

<sup>4</sup> Georg F. MARTENS, *Recueil des principaux traités de l'Europe*, t. 4, Gottingue 1795, S. 617, bzw. 620.

Wie die Rekonstruktion der längeren Vorgeschichte der Reform zeigt, ließen sich das an sich rationale Reformkonzept des Königs – Beschneidung der Kompetenzen der Landtage zwecks Stärkung der gesamtstaatlichen Handlungsfähigkeit – letztlich nicht mit den Erwartungen und Interessen der Konföderierten vereinbaren. Die 1717 durchgesetzte „Sanierung durch Amputation“ (S. 257) entzog den Landtagen ihre wesentlichen Funktionen als Organe der regionalen Selbstverwaltung, ein Effekt, der für die Konföderierten nicht zu akzeptieren war und die Reformbestrebungen Augusts II. um die notwendige politische Unterstützung brachte. Die Dilemmata jeglicher Reformpolitik seit 1717 werden hier sehr deutlich.

Die Umsetzung der Steuerreformen von 1717 untersucht Jerzy Dygdała am Beispiel des Königlichen Preußen (S. 113–136). Obgleich der Stumme Reichstag nur ein minimales Budget für die Erhaltung eines kleinen stehenden Heeres verabschiedet hatte, erwies sich die Aufbringung der entsprechenden Steuersummen alles andere als einfach. Der Sejm hatte für das Königliche Preußen pauschal eine Summe festgesetzt, aus der das Land den Unterhalt von vier Regimentern und einer Artillerieeinheit bestreiten sollte; diese Summe zwischen den preußischen Wojewodschaften und den Städten aufzuteilen war, blieb diesen selbst überlassen. Absolut wie auch im Vergleich zu anderen Ländern der Rzeczpospolita erschien die auf Preußen entfallende Steuerlast sehr hoch. So gelangte der im März 1717 in Marienburg zusammentretende Generallandtag zunächst zu keiner Einigung über die Umverteilung. Erst auf einer im April 1717 nach Danzig einberufenen Konferenz, deren im Danziger Archiv erhaltenen Protokolle hier im Mittelpunkt der Analyse stehen, konnte das weitere Verfahren ausgehandelt werden. Eindrucksvoll zeigt die genaue Rekonstruktion dieser Verhandlungen unter anderem, dass die Klagen der Beteiligten über die neuen Belastungen keineswegs aus der Luft gegriffen waren. Selbst im Budget des wahrlich reichen Thorn entsprach die eingeforderte Kopfsteuer (*pogłównie*) etwa 12% der städtischen Gesamteinnahmen (S. 229). Jedenfalls erscheint es im Licht dieser Einsichten zu vereinfacht, die Reform der Heeresfinanzierung durch den Stummen Reichstag pauschal als inkonsequent zu beurteilen und dafür allgemein den Eigennutz des Adels und der großen Städte zuzuschreiben.

Wichtige neue Einsichten eröffnen auch die beiden letzten Beiträge des Bandes über die politische Rezeption des Warschauer Vertrags und des Stummen Reichstags in der Zeit nach 1717. In ihrer Untersuchung zu den drei Reichstagen von 1718 bis 1720 zeigt Urszula Kosińska, welche Deutungen der Entscheidungen von 1716/1717 die politischen Haltungen der Szlachta in dieser Zeit geprägt haben (S. 266–285). Wenn der Stumme Reichstag, so die Verfasserin, „der gesetzgeberisch erfolgreichste Sejm der Sachsenzeit“ gewesen war (S. 266), so standen die unmittelbar folgenden Reichstage bereits im Zeichen einer den Sejm lähmenden politischen Lagerbildung, die von der Auseinandersetzung um die (behaupteten oder tatsächlichen) Absichten des wettinischen Königs bzw. des russischen Zaren und speziell um den gegen Russland gerichteten Wiener Vertrag von 1719 ausging. Am Ende war hier offenbar die Strategie Russlands, konkret Dolgorukijs, erfolgreich: Es gelang der russischen Diplomatie zwar nicht, den Wiener Vertrag zu zunichte zu machen, wohl aber, einen tiefen Keil zwischen das Lager des Hofes und dem der Hetmane und Teilen der Szlachta zu treiben – so dass die Rzeczpospolita als Akteur in der internationalen Politik einst-

weilen (und zwar auch bei der Anbahnung des Friedens von Nystad 1721) de facto handlungsunfähig blieb.

Einen besonders wertvollen Beitrag zur Wirkungsgeschichte des Stummen Reichstags leistet Zofia Zielińska in ihrer beeindruckenden Untersuchung des politischen Echos auf den *Sejm Niemy* in Polen und Litauen bis in die Zeit der Teilungen (S. 286–327). Hinter dieser Untersuchung steht die Auswertung eines riesigen Quellenbestandes: der verfügbaren Protokolle der Reichstage und der Landtage seit 1717 sowie einer Fülle von politischen Schriften der Epoche. Die Verfasserin geht der Frage nach, wie die durch den Stummen Reichstag angestoßenen großen politischen Fragen – von den Heeres- und Steuerreform bis Dissidentenfrage und der Rolle Russlands als (vermeintliche) Garantiemacht der polnischen Verfassung – nach 1717 weiter diskutiert wurden und wie in diesen Diskussionen auf die Entscheidungen von 1717 Bezug genommen wurde. Wichtig, und zum Teil überraschend, sind dabei folgende Einsichten: Grundsätzlich blieb der Stumme Reichstag für die unmittelbar nachfolgenden Generationen offenbar ein positiv besetzter „Erinnerungsort“, d.h. eine Berufungsinstanz und ein Anknüpfungspunkt für alle diejenigen, welche die Reform der Republik (*naprawa Rzeczypospolitej*) anstrebten, unter welchen Vorzeichen auch immer. Dies schloss falsche Deutungen dessen, was 1717 eigentlich beschlossen worden war (Stichwort Dissidentenfrage oder russische Verfassungsgarantien), natürlich nicht aus. Ja, die Jahrzehnte nach 1717 waren offenbar die Zeit, in der die dauerhaft wirksamen Mythen um den *Sejm Niemy* bereits geprägt wurden. Wie und warum kam es dann aber zu der negativen Wende in der historischen Beurteilung des Stummen Reichstags? Die Verfasserin hat hier eine überzeugende Hypothese: Erst aus der Retrospektive der Zeit nach den Teilungen wurde erkennbar, wie gezielt und erfolgreich die späteren Teilungsmächte die Fortsetzung der Reform von Heer und Staat schon seit dem großen Nordischen Krieg hintertrieben hatten; dieses Wissen legte es dann nahe, die 1717 erfolgte faktische Reduzierung des polnisch-litauischen Heeres als Fehler und als Niederlage einzuordnen.

Worin besteht der hauptsächliche Ertrag der in diesem Sammelband zusammengetragenen Forschungsergebnisse? Zum einen leisten sie einen wichtigen Beitrag zum genaueren Verständnis der Bedingungen und Parameter politischen Handelns in der *Rzeczpospolita* in der Zeit des großen Nordischen Kriegs. Mit Methoden der „Micro-Politik“ im Sinne von Wolfgang Reinhard<sup>5</sup> analysieren sie aus naher Distanz die Wechselwirkungen zwischen Ereignissen und Interessen und die Rolle persönlicher Beziehungen und Netzwerke dabei. Dies ermöglicht uns, die Entwicklungen in ihrer Komplexität besser zu verstehen und allzu einfache Kausalerklärungen kritisch zu überdenken; es trägt auch zu der Einsicht bei, dass die politischen Entwicklungsmöglichkeiten in der Situation von 1717 sozusagen noch offener waren – weniger „pfadabhängig“ vorgezeichnet – als die spätere Geschichtsschreibung suggeriert haben mag. Zum andern aber geben sie aber auch Einblick in die Dialektik von Wirkungsgeschichte und Mythenbildung im Fall dieses historischen Ereignisses. So wird verständlich, warum der Stumme Reichstag zu einem *lieu de mémoire* werden konnte:

---

<sup>5</sup> Wolfgang REINHARD, *Paul V. Borghese (1605–1621). Mikropolitische Papstgeschichte*, Stuttgart 2009.

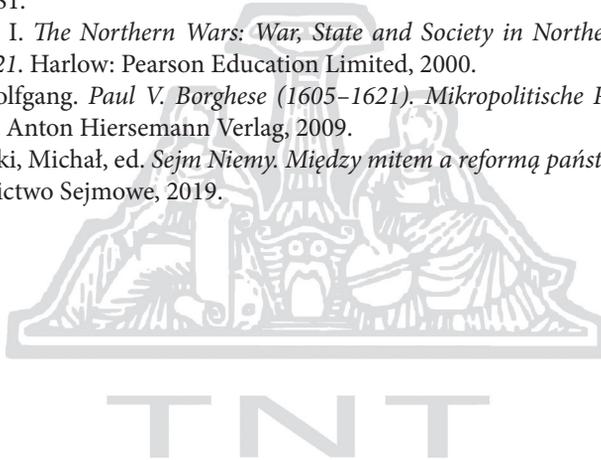
Obleich sich gewiss nicht alle diesem Ereignis später zugeschriebenen Entscheidungen und Wirkungen empirisch bestätigen lassen, gibt es gute Gründe dafür, den Stummen Reichstag zumindest symbolisch als Wendepunkt in der polnischen Geschichte des 18. Jahrhunderts zu identifizieren.

Michael G. Müller\*

 <https://orcid.org/0000-0002-4244-4262>

#### BIBLIOGRAPHIE

- Bömelburg, Hans-Jürgen, ed. *Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch*, vol. 2. Stuttgart: Anton Hiersemann Verlag, 2017.
- Davies, Norman. *God's Playground: A history of Poland*, vol. 1–2. Oxford: Clarendon Press, 1981.
- Frost, Robert I. *The Northern Wars: War, State and Society in Northeastern Europe, 1558–1721*. Harlow: Pearson Education Limited, 2000.
- Reinhard, Wolfgang. *Paul V. Borghese (1605–1621). Mikropolitische Papstgeschichte*. Stuttgart: Anton Hiersemann Verlag, 2009.
- Zwierzykowski, Michał, ed. *Sejm Niemy. Między mitem a reformą państwa*. Warszawa: Wydawnictwo Sejmowe, 2019.



---

\* Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle  
 [michael.mueller@geschichte.uni-halle.de](mailto:michael.mueller@geschichte.uni-halle.de)